

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2020

Inhalt

| | |
|--|----------|
| Nachrichten aus den EU-Institutionen | 1 |
| EU-Kommission: Konsultation zur Europäischen Kindergarantie | 1 |
| EU-Kommission: Jahresarbeitsprogramm für Erasmus+ aktualisiert | 1 |
| EU-Kommission: Darlehen im Rahmen von SURE..... | 1 |
| EU-Kommission: Neue Kampagne gegen Verschwörungstheorien und Desinformation im Netz..... | 2 |
| EU-Kommission: Weitere EU-Forschungsgelder zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie..... | 2 |
| EU-Kommission: Aktuelle Version des Bewertungstools SELFIE | 2 |
| EU-Kommission: Neue Bürgerinitiative zu Gesundheit als öffentliches Gut..... | 3 |
| EU-Parlament: Zustimmung zum EU-Haushalt verweigert | 3 |
| EWSA: Preis der zivilgesellschaftlichen Solidarität | 3 |
| EWSA: Stellungnahme zur EU-Gleichstellungsstrategie | 4 |
| Nachrichten aus den europäischen Staaten..... | 4 |
| Bulgarien: Unterstützung für SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien | 4 |
| Slowakei: Weitere finanzielle Hilfen für Beschäftigte in Kindergärten..... | 4 |
| Lettland: Pilotprojekt zur psychologischen Unterstützung gefährdeter Kinder | 4 |
| Polen: Unterstützung bei Ausgaben für Schulmaterialien für SchülerInnen mit Behinderungen..... | 5 |
| Albanien: Nationaler Aktionsplan für das Altern..... | 5 |
| Italien: Reform der gesetzlichen Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen | 5 |
| Schweiz: Abstimmung zum Vaterschaftsurlaub..... | 6 |
| Weitere Nachrichten | 6 |
| Erklärung junger Menschen mit Erfahrung in Betreuungseinrichtungen | 6 |
| UNICEF: Forschungsprogramm zur Bewältigung von Covid-19 und seinen Folgen | 6 |
| Berichte und Studien | 7 |
| OECD: Bericht zur Rolle von Familiendiensten für das Kindeswohl | 7 |
| BMAS: Begleitband zu sozialpolitischen Schwerpunkten der deutschen Ratspräsidentschaft..... | 7 |
| ESPN: Kurzberichte zu sozio-ökonomischen Folgen von Covid-19 in 16 Staaten..... | 7 |
| OECD: Kurzbericht zu Desinformation und öffentlicher Kommunikation | 8 |
| Bevorstehende Veranstaltungen..... | 8 |

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Konsultation zur Europäischen Kindergarantie

Die EU-Kommission hat eine Konsultation zur geplanten Europäischen Kindergarantie veröffentlicht. Sie wurde im Jahr 2015 vom Europäischen Parlament vorgeschlagen und soll eine Europäische Richtlinie zur sozialen Sicherung aller Kinder in der Europäischen Union bilden. Sie soll kostenfreie Gesundheitsversorgung, frühkindliche Betreuung und Bildung sowie angemessenen Wohnraum und ausreichende Ernährung garantieren. Nachdem die EU-Kommission eine Studie zur Umsetzbarkeit durch ExpertInnen beauftragt und evaluiert hatte (s. [EuropaNews 02/2020](#)), holt sie nun das Feedback der Öffentlichkeit zur geplanten EU-Kindergarantie ein. Aufgerufen sind alle Organisationen, Fachkräfte und Privatpersonen, zum geplanten Programm Rückmeldung zu geben. Die Feedback-Periode läuft bis zum 07. Oktober.

- [Konsultation zur Europäischen Kindergarantie](#) 
- [Informationen zur EU-Kindergarantie und Download der Studie zur Umsetzbarkeit](#) 

EU-Kommission: Jahresarbeitsprogramm für Erasmus+ aktualisiert

Die EU-Kommission hat das Jahresarbeitsprogramm für Erasmus+ aktualisiert, um zusätzlich 200 Millionen Euro aus den Mitteln des Programms abrufen zu können. Die zusätzlichen Gelder sollen vor allem in die Förderung digitaler Bildungsangebote fließen und damit zur Überwindung der Auswirkungen von Covid-19 auf den Bildungsbereich beitragen. Gefördert werden sollen Angebote digitaler Bildung und Ausbildung, digitaler Jugendarbeit sowie kreativer Projekte und Projekte zur sozialen Integration. Die geförderten Projekte sollen in Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung durchgeführt werden. Beschlossen wurde außerdem die Förderung von fünf Projekten, die Zentren für exzellente Berufsausbildung aus den teilnehmenden Staaten von Erasmus+ vernetzen. Mit Blick auf die künftig steigende Nachfrage nach Fachkräften sollen diese Zentren die Qualität von Berufsausbildungen steigern. Dabei soll ihre Arbeit positiv auf das Erreichen der EU-Ziele einer umweltschonenden und nachhaltigen digitalen Transformation wirken. Jedes Netzwerk dieser Zentren kann mit bis zu vier Millionen Euro gefördert werden.

- [Aktualisierung zum Jahresarbeitsprogramm von Erasmus+](#) 

EU-Kommission: Darlehen im Rahmen von SURE

Die EU-Kommission hatte im April das Programm „SURE“ (Support mitigating Unemployment Risks in Emergency) als Bestandteil der europäischen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise beschlossen. Nun erhalten die ersten 16 Mitgliedstaaten Darlehen für das Kurzarbeiterprogramm. Die zweckgebundenen Darlehen zu günstigen Konditionen sollen die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Arbeitsmarkt auszugleichen. Mit ihnen sollen Kurzarbeitsregelungen und Unterstützungsmöglichkeiten für Selbstständige finanziert werden. Kurzarbeit wird von der EU gefördert, um Entlassungen und damit langfristige negative Konsequenzen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu vermeiden. Bisher erhalten die Mitgliedstaaten Belgien, Bulgarien, Tschechien, Griechenland, Spanien, Kroatien, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien und Portugal Darlehen in Höhe von insgesamt ca. 87 Milliarden Euro.

- [Factsheet zum Programm "SURE"](#)  

EU-Kommission: Neue Kampagne gegen Verschwörungstheorien und Desinformation im Netz

Gemeinsam mit der UNESCO, dem Jüdischen Weltkongress und der Plattform Twitter hat die EU-Kommission eine Kampagne gegen Desinformation und Verschwörungstheorien im Netz gestartet. Bereits im Juni hatte die Kommission darauf hingewiesen, dass Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit Covid-19 zunehmend Verbreitung finden und eine Informationsseite zu diesem Thema veröffentlicht. Dort finden sich Merkmale zur Identifizierung von Verschwörungstheorien, Erklärungsansätze zu ihrer Verbreitung und Tipps, wie mit AnhängerInnen von Verschwörungstheorien darüber gesprochen werden kann. Für die Kampagne #thinkbeforesharing wurden nun übersichtliche Infografiken erstellt, die in sozialen Netzwerken geteilt werden können. Sie stehen auf Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch zur Verfügung.

- [EU-Kommission: Bekämpfung von Desinformation](#) 

EU-Kommission: Weitere EU-Forschungsgelder zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie

Die Europäische Kommission hat die Finanzierung weiterer 23 Forschungsprojekte zur Diagnostik, Therapie oder Entwicklung von Impfstoffen gegen Covid-19 zugesagt. Insgesamt werden 347 Forschungsteams aus 40 Staaten bei der Erforschung der neuartigen Viruserkrankung finanziell unterstützt. Die Förderung stammt aus Mitteln des EU-Forschungs- und Innovationsprogramms „Horizont 2020“, aus dem im Rahmen der EU-Krisenreaktion auf die Covid-19-Pandemie 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt wurden. Die neu geförderten Projekte erforschen Möglichkeiten der Herstellung notwendiger medizinischer Güter, digitaler Diagnostik- und Versorgungsmöglichkeiten sowie sozio-ökonomische Auswirkungen der Pandemie und Möglichkeiten der internationalen Vernetzung und Zusammenarbeit im Umgang mit Epidemien und Pandemien.

- [EU-Kommission: Infoblatt über neue Forschungsprojekte zum Coronavirus](#) 

EU-Kommission: Aktuelle Version des Bewertungstools SELFIE

Die EU-Kommission hat eine aktualisierte Version des Selbstbewertungstools SELFIE vorgestellt, das die Nutzung digitaler Technologien im Unterricht unterstützen soll. Die erste Version wurde im Jahr 2018 im Rahmen des EU-Aktionsplans für digitale Bildung eingeführt und hat bisher 7.000 Schulen erreicht. SELFIE steht für „Self-reflection on Effective Learning by Fostering the use of Innovative Educational Technologies“ (Selbstreflexion über effektives Lernen durch die Förderung des Einsatzes innovativer Bildungstechnologien). Das Tool kann von Schulen kostenlos genutzt werden und ermöglicht das Einholen anonymer Stellungnahmen von SchülerInnen, LehrerInnen und weiteren MitarbeiterInnen. So kann der aktuelle Einsatz digitaler Technologien im Unterricht und ihr Nutzen an der jeweiligen Schule evaluiert werden. Die neue Version soll jetzt die Bewertung des bisherigen Fernunterrichts während des Lockdowns und in der Phase der schrittweisen Öffnung der Schulen unterstützen. Aktuell wird eine SELFIE-Plattform speziell für LehrerInnen entwickelt, die Kompetenzen für die digital gestützte Lehre vermitteln soll. Die Pilotphase für diese Erweiterung soll im Herbst beginnen.

- [SELFIE: Unterstützung der Schulen beim Lernen im digitalen Zeitalter](#)
- [EU-Aktionsplan für digitale Bildung 2018-2020](#) 

EU-Kommission: Neue Bürgerinitiative zu Gesundheit als öffentliches Gut

Die EU-Kommission hat die neue Bürgerinitiative „Right to Cure“ registriert. Ihre OrganisatorInnen fordern die EU auf, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung vor private Profitinteressen zu stellen. Alle Behandlungen, Medikamente und Impfstoffe, die für künftige Epidemien und Pandemien benötigt würden, sollten als öffentliches Gut anerkannt und frei zugänglich gemacht werden. Konkret solle das EU-Patentrecht und EU-Vorschriften zu Daten und Marktexklusivität daraufhin überprüft werden, ob sie der flächendeckenden Versorgung mit Medikamenten und Impfstoffen im Wege stehen. Die Initiative hat nun sechs Monate Zeit, um mit ihrer Kampagne zu beginnen. Wenn sie innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben EU-Mitgliedstaaten sammeln kann, muss die EU-Kommission auf die Bürgerinitiative reagieren. Wird die Aufforderung der Initiative seitens der EU-Kommission abgelehnt, muss dies begründet werden.

- [EU-Bürgerinitiative "Right to Cure"](#)
- [Grundsätzliche Informationen zur Europäischen Bürgerinitiative](#)

EU-Parlament: Zustimmung zum EU-Haushalt verweigert

Das EU-Parlament hat dem geplanten mehrjährigen EU-Haushalt für die Jahre 2021-2027 nicht zugestimmt. Kritisiert wird vor allem, dass wichtige Leitprogramme der EU zum Klimaschutz, zum digitalen Wandel und zur Gesundheit weniger Zuschüsse bekommen könnten als aktuell. Insbesondere im Bereich der medizinischen Forschung und Innovation seien Einsparungen dieser Art gefährlich, wie die aktuelle Krise um die Covid-19-Pandemie zeige. Den Beschluss eines Europäischen Aufbaufonds zur Bewältigung der Krise aus dem Juli (s. [EuropaNews 07/20](#)) begrüßte das Parlament zwar ausdrücklich. Dafür und für die bestehenden Programme müssten allerdings mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Um diese Finanzierung nachhaltig zu planen, müsse das EU-Eigenmittelsystem reformiert werden. Die Verhandlungen zum geplanten EU-Haushalt zwischen Europäischem Parlament und Rat beginnen im September. Bis zum Jahresende müssen die Mitgliedstaaten dem von den EU-Institutionen erzielten Kompromiss zustimmen. Erfolgt die Ratifizierung nicht bis zum Ablauf des aktuellen mehrjährigen Haushalts, werden die Obergrenzen und Bestimmungen aus dem Haushalt bis 2020 beibehalten, bis eine neue Haushaltsverordnung erlassen ist.

EWSA: Preis der zivilgesellschaftlichen Solidarität

Der europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) verleiht in diesem Jahr den Preis der zivilgesellschaftlichen Solidarität in der Covid-19-Krise. Er wird als Sonderpreis anstelle des EWSA-Preises der Zivilgesellschaft verliehen und soll Organisationen und Initiativen auszeichnen, die sich im Engagement zur Bewältigung der Corona-Krise besonders verdient gemacht haben. Damit soll in der Bevölkerung Aufmerksamkeit für die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und bürgerschaftlichen Engagements im Umgang mit den außergewöhnlichen Belastungen durch die Pandemie geschaffen werden. Ausgezeichnet werden können Initiativen, Projekte oder Einzelpersonen, die sich in den Bereichen Gesundheit und Soziales, besonders in der Unterstützung benachteiligter oder durch Covid-19 besonders gefährdeter Gruppen engagieren. Bewerbungen können sich bis zum 30. September Projekte und Initiativen aus der EU und Großbritannien mit direktem Bezug zur Covid-19-Pandemie. Insgesamt sollen bis zu 29 Projekte ausgezeichnet werden.

- [Zur Bewerbung um den Preis der zivilgesellschaftlichen Solidarität](#) 

EWSA: Stellungnahme zur EU-Gleichstellungsstrategie

Der europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat eine Stellungnahme zur EU-Gleichstellungsstrategie veröffentlicht. Darin wird auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie hingewiesen und die Kommission aufgefordert, die Umsetzung der Gleichstellungsstrategie zusammen mit der Bewältigung der Pandemiefolgen anzugehen. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern könnten so in den Maßnahmen zur Krisenbewältigung berücksichtigt werden. Die Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit müsste auch in die Planung des mehrjährigen Finanzrahmens für 2021-2027 einfließen. Wichtige Ziele in diesem Bereich seien die Überwindung der Gender Pay Gap, der in der EU immer noch durchschnittlich 16 Prozent betrage, und die Bekämpfung von Gewalt an Frauen. Die Gleichstellungsstrategie müsse mit allen EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Sozialpartnern gemeinsam koordiniert werden, um diese anspruchsvollen Aufgaben zu bewältigen.

➤ [EWSA: Stellungnahme zur EU-Gleichstellungsstrategie](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Bulgarien: Unterstützung für SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien

Die bulgarische Regierung hat eine einmalige Beihilfe für einkommensschwache Familien beschlossen, deren Kinder auf weiterführende Schulen gehen. Die neue Beihilfe ergänzt die einmalige Unterstützungszahlung, die Familien bekommen können, deren Kinder in die erste Klasse eingeschult werden. Sie soll die Anschaffung aller benötigter Schulmaterialien ermöglichen. Die Leistung beträgt 250 bulgarische Lew (ca. 125 Euro) und kann von Familien beantragt werden, in denen das durchschnittliche Einkommen der Familienmitglieder unter 450 bulgarischen Lew monatlich (ca. 230 Euro) liegt. Voraussetzung ist, dass ein Kind der Familie für das Schuljahr 2021/2022 in einer staatlichen oder kommunalen weiterführenden Schule angemeldet ist. Die Beihilfe wird zur Hälfte zu Beginn beider Schulhalbjahre gezahlt. Kinder mit Behinderungen, Waisen und Halbwaisen sowie Kinder in Pflegefamilien erhalten die Beihilfe ohne Einkommensprüfung der Familie.

Slowakei: Weitere finanzielle Hilfen für Beschäftigte in Kindergärten

Das Programm „Erste Hilfe“ ist das Hilfspaket der Slowakei für verschiedene Branchen und Beschäftigte im Umgang mit der Corona-Krise. Obwohl die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auch in der Slowakei wieder schrittweise gelockert werden, wurde es nun um zwei weitere Monate verlängert. Im Bereich der frühkindlichen Betreuung ist das Ziel, alle Arbeitsplätze trotz eingeschränkter Betriebs zu erhalten. Dafür stehen rund 86 Millionen Euro zur Verfügung, die von der EU mitfinanziert werden. Ein Großteil dieser Gelder fließt in die Fortzahlung von 80 Prozent des Lohns für Beschäftigte in der frühkindlichen Betreuung und Bildung.

Lettland: Pilotprojekt zur psychologischen Unterstützung gefährdeter Kinder

Bedingt durch die Kontaktbeschränkungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie sind in Lettland die Fälle von häuslicher Gewalt und Gewalt an Kindern angestiegen. Das lettische Sozialministerium hat daher beschlossen, das Angebot zur Prävention gewaltsamer familiärer Konfliktsituationen auszubauen. Familien sollten möglichst umfassende und individuell passende Unterstützungsdienste zur Verfügung stehen, um die Eskalation von

Konflikten zu Gewalt und die damit verbundenen Folgen für die Kinder zu vermeiden. Dazu startet nun ein Pilotprojekt, das für 12 Monate einen familienpsychologischen Dienst anbieten wird. Familienpsychologische Leistungen sind in Lettland derzeit nur kostenpflichtig zu erhalten und daher für einen Großteil der Familien nicht zugänglich. Im Rahmen des Pilotprojekts können pro Familie kostenlos 10 Sitzungen in Anspruch genommen werden.

Polen: Unterstützung bei Ausgaben für Schulmaterialien für SchülerInnen mit Behinderungen

SchülerInnen mit Behinderungen in Polen erhalten zum neuen Schuljahr Unterstützung bei der Anschaffung von Lehrbüchern und anderen Schulmaterialien. Die Leistung wurde im Rahmen des Programms zur Förderung der Bildungsteilhabe von Menschen mit Behinderungen in Polen für die Jahre 2020-2022 eingeführt. Im Schuljahr 2020/2021 sollen ca. 45.000 SchülerInnen davon profitieren. Die Höhe der Beihilfen variiert nach Form und Schwere der Behinderung sowie nach besuchter Bildungseinrichtung. So können für den Besuch einer Sonderschule bis zu 225 polnische Zloty (ca. 50 Euro), für den Besuch der Berufsschule bis zu 390 polnische Zloty (ca. 90 Euro) und für den Besuch einer Hochschule bis zu 445 (ca. 100 Euro) beantragt werden.

Albanien: Nationaler Aktionsplan für das Altern

Mit dem nationalen Aktionsplan für das Altern 2020-2024 ist in Albanien das erste Programm für die politische Gestaltung der sozialen Sicherung im Alter und der Pflege älterer Menschen erschienen. Albanien ist eines der Länder mit der durchschnittlich jüngsten Bevölkerung in der EU. Mit sinkenden Geburtenraten, steigender Emigration und Lebenserwartung zeigt Albanien aber auch die Tendenz einer alternden Bevölkerung. In dem nun beschlossenen Aktionsplan werden Standards für die Berufsausbildungen in der Pflege und für Pflegeleistungen und Unterbringungsformen festgelegt. Ein Fokus wird dabei darauf gesetzt, soziale Ungleichheiten im Zugang zu qualitativ hochwertiger Pflege im Alter abzubauen. Implementiert werden sollen zudem Präventionsprogramme zur Erhaltung der Gesundheit im Alter.

Italien: Reform der gesetzlichen Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen

Der italienische Gesundheitsminister hat Neuerungen der Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen angekündigt. Mit der Reform soll der verpflichtende Krankenhausaufenthalt von drei Tagen abgeschafft werden, der bisher bei medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen vorgeschrieben ist. Diese sind bisher nur bis zur siebten Schwangerschaft erlaubt, während chirurgische Schwangerschaftsabbrüche bis zur zwölften Schwangerschaftswoche möglich sind und in der Regel ambulant durchgeführt werden können. Ein medikamentöser Schwangerschaftsabbruch soll künftig ohne Krankenhausaufenthalt und bis zur neunten Schwangerschaftswoche möglich sein. Der Gesundheitsminister gab an, dass bei der Methode durchschnittlich sehr wenig Komplikationen auftreten und sie daher ambulant durchzuführen sei. Auf die Kritik vor allem der katholischen Kirche reagierte der Minister mit dem Hinweis, dass die Reform kein Anlass sei, eine Grundsatzdebatte über Schwangerschaftsabbrüche an sich zu führen. Ziel der Reform sei es, sichere und unkomplizierte Verfahren für betroffene Frauen zugänglich zu machen.

Schweiz: Abstimmung zum Vaterschaftsurlaub

Die wahlberechtigten BürgerInnen der Schweiz stimmen am 27. September über eine Vorlage zur Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs ab. Bisher haben Mütter in der Schweiz Anspruch auf eine bezahlte Auszeit von 14 Wochen, Väter nur auf bis zu zwei Tage. Einzelne Arbeitgeber gewähren Vätern längeren Auszeiten bis zu mehreren Wochen. Der gesetzliche Anspruch auf diese Auszeiten soll jetzt vereinheitlicht werden. Die Vorlage sieht zehn freie Arbeitstage für Väter vor, die in den sechs Monaten nach der Geburt des Kindes genommen werden müssen. Analog zum Mutterschaftsurlaub sollen 80 Prozent des üblichen Lohns gezahlt werden. Bundesrat und Parlament empfehlen die Annahme der Vorlage. Es handelt sich um einen Kompromiss zum Vorschlag der Volksinitiative „Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub“, die vier Wochen Vaterschaftsurlaub gefordert hatte.

Weitere Nachrichten

Erklärung junger Menschen mit Erfahrung in Betreuungseinrichtungen

Care Leaver sind junge Erwachsene, die einen Teil ihres Lebens in Einrichtungen der Jugendhilfe und anderen Betreuungseinrichtungen verbracht haben. Organisationen von Care Leavern aus 25 Staaten haben mit Unterstützung von Udayan Care, Kinder Perspectief, SOS Children's Villages International und der Universität Hildesheim nun eine Erklärung zu Anforderungen an Betreuungseinrichtungen während der Pandemie und darüber hinaus veröffentlicht. Sie enthält Empfehlungen zur Gestaltung dieser Einrichtungen, die den Bedürfnissen junger Menschen entsprechen. Diese betreffen die Bereiche finanzielle Sicherheit, Wohnen, Bildung, Ausbildung und Berufseinstieg, psychosoziale Unterstützung, Gesundheit und Ernährung, Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe. Die Erklärung soll Aufmerksamkeit für die besondere Situation junger Menschen in Betreuungseinrichtungen während der Pandemie schaffen. Die Organisationen fordern die politische Berücksichtigung ihres Anliegens auch nach der Corona-Krise.

- ["Erklärung: "Declaration on Responding to the transnational needs of Care Leavers amidst COVID-19 & beyond"](#)  

UNICEF: Forschungsprogramm zur Bewältigung von Covid-19 und seinen Folgen

Das UNICEF-Forschungsbüro Innocenti hat sein Forschungsprogramm zur Covid-19-Pandemie und ihren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Kindern veröffentlicht. In verschiedenen Projekten aus den Bereichen Kinderschutz, Bildung, soziale Sicherung, Wohlergehen von Kindern und Kinder Online sollen die Ergebnisse als Grundlage der Advocacy-Arbeit von UNICEF dienen. Projekte erforschen z.B. Good Practices im Bereich Online-Unterricht mit Kindern, den Einfluss elterlicher Unterstützung bei der Nutzung von E-Learning-Technologien, die soziale Sicherung von Familien im internationalen Vergleich, den Anstieg von Gewalt in Familien und den Einfluss von Covid-19 auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Diese Projekte sind mittelfristig angelegt, da sie so schnell wie möglich Erkenntnisse zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern beitragen sollen. In langfristig angelegten Projekten wird darüber hinaus erforscht, welche Erfahrungen Kinder mit Covid-19 gemacht haben, wie ihre Internetnutzung sich verändert hat und welche Lehren aus der Corona-Krise für die technische Unterstützung für die Pflege von Menschen mit Behinderungen gezogen werden können.

- [UNICEF-Forschung zu Covid-19 und Kindern](#) 

Berichte und Studien

OECD: Bericht zur Rolle von Familiendiensten für das Kindeswohl

Die OECD hat den Bericht „Delivering evidence based services for all vulnerable families“ veröffentlicht. Darin werden verschiedene Familiendienste und ihr Beitrag für das Kindeswohl verglichen und Probleme auf der Ebene der politischen Planung und der Praxis identifiziert. Zunächst wird dargestellt, dass Familiendienste durch verschiedene sozio-ökonomische Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten immer wichtiger geworden seien: Dazu zählen steigende soziale Ungleichheiten zwischen Familien, ein größerer Anteil von Familien mit zwei berufstätigen Elternteilen und von alleinerziehenden Familien sowie der steigenden Zahl von Kindern in Armut. Für Familien mit geringem Einkommen und sozialen Problemlagen sind diese Dienste von größerer Wichtigkeit als für Familien mit ausreichend Ressourcen. Zum Wohlergehen der Kinder dieser Familien seien Familiendienste ein entscheidender Beitrag. Politisch müsste vor allem die Kooperation der verschiedenen zuständigen Ebenen klar geregelt werden, um eine stetige Finanzierung von Angeboten für Familien zu sichern. In der praktischen Arbeit sei die Entwicklung von evidenzbasierten Verfahren notwendig, um wirksame Angebote sicherzustellen.

- [OECD: Delivering evidence based services for all vulnerable families](#) 

BMAS: Begleitband zu sozialpolitischen Schwerpunkten der deutschen Ratspräsidentschaft

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat einen Begleitband zu den sozialpolitischen Schwerpunkten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft herausgegeben. Darin werden die Schwerpunktthemen von verschiedenen ExpertInnen aus der Wissenschaft, aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und europäischen sowie internationalen Institutionen kommentiert. Im ersten Themenbereich „Soziales Europa – Starker Zusammenhalt“ werden die Gestaltung eines europäischen Mindestlohns und EU-weiter sozialer Grundsicherung diskutiert. Im zweiten Themenkomplex „Globale Lieferketten – Globale Verantwortung“ wird die gesellschaftliche und Unternehmensverantwortung für Arbeitsverhältnisse und Umweltbelastungen durch globale Lieferketten deutlich gemacht. Hier werden Good Practices, aber auch Beschränkungen aufgezeigt, Probleme in diesem Bereich als einzelnes Unternehmen zu bearbeiten. Der dritte Themenschwerpunkt „Neue Arbeitswelt – Menschliche Arbeitswelt“ handelt von Arbeitsbedingungen in einer digitalisierten Arbeitswelt und diskutiert Möglichkeiten guter Arbeit durch Regulierung von Künstlicher Intelligenz und Plattformarbeit.

- [Begleitband zu sozialpolitischen Schwerpunkten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft](#)

ESPN: Kurzberichte zu sozio-ökonomischen Folgen von Covid-19 in 16 Staaten


Das European Social Policy Network (ESPN) hat Kurzberichte zu den sozio-ökonomischen Konsequenzen der Covid-19-Pandemie und den politischen Maßnahmen dagegen in sechzehn europäischen Ländern veröffentlicht. Solche Kurzberichte liegen für die Mitgliedstaaten Bulgarien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Malta, die Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien und Schweden vor. Sie wurden außerdem für Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien erstellt. Die Herausforderungen durch die Pandemie bestehen allgemein in der Gesundheitsversorgung der gesamten Bevölkerung, speziell von sozial benachteiligten und gesundheitlich gefährdeten Gruppen. Alle Staaten stehen zudem vor den Problemen gesunkener Wirtschaftsleistung und gestiegener Arbeitslosigkeit. Je nach Struktur der Bevölkerung und Wirtschaft sind die Organisation der Pflege älterer Menschen, der Schutz von Selbstständigen, die gesundheitliche Teilhabe

Geflüchteter und die Ausarbeitung funktionierender Mechanismen zur kurzfristigen Krisenbewältigung im Fokus der Maßnahmen.

- [ESPN: Kurzberichte zu Konsequenzen von Covid-19 und politischen Maßnahmen in 16 Staaten](#) 

OECD: Kurzbericht zu Desinformation und öffentlicher Kommunikation

Die OECD hat in der Reihe „Policy Response“ einen Kurzbericht zur Bekämpfung von Desinformation im Zuge der Covid-19-Pandemie veröffentlicht. Darin wird zunächst der Anstieg von Desinformation im Netz im Zusammenhang mit der Pandemie dargestellt und verschiedene Typen von Fehlinformationen differenziert. Der Fokus der Kurzanalyse liegt auf verschiedenen Formen der Reaktion auf die Welle von Desinformation durch öffentliche Institutionen. Es werden Beispiele aufgeführt, wie öffentliche Kommunikation gegen Fehlinformationen im Netz vorgehen kann: Dazu zählt die Publikation verständlicher und vertrauenswürdiger richtiger Informationen, das Aufzeigen von Fehlern und Widersprüchen in kursierenden Falschmeldungen, der Einstieg in einen Dialog mit BürgerInnen und die Erforschung von Einstellungsmustern, Sorgen und Erwartungen in der Bevölkerung. Empfohlen wird schließlich die Umsetzung von Prinzipien des „Open Government“, also einer transparenten Regierung, die den BürgerInnen rechenschaftspflichtig ist. So könne das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen gestärkt werden.

- [OECD Policy Responses to Coronavirus \(COVID-19\): Transparency, communication and trust : The role of public communication in responding to the wave of disinformation about the new Coronavirus](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

| Datum/ Ort | Titel der Veranstaltung | Veranstalter |
|-----------------------------------|--|--|
| 3.,22. Sep, 6.Okt. 2020 Online | Kreative Europabildung in der Schule: Online-Seminare für Lehrkräfte | Europäischer Wettbewerb |
| 8. Sep. 2020 Online | PES Network webinar on PES strategies to support the recovery after the COVID-19 crisis | Network of the European Public Employment Services (PES) |
| 11. Sep 2020 Online | Webinar „Reasonable accommodations for persons with disabilities: guide for promising practices accommodations for persons with disabilities: guide for promising practices“ | EU-Kommission (Employment, Social Affairs & Inclusion) |
| 14. Sep. 2020 Online | Back-to-school-WEBINAR | COFACE Families Europe |

| | | |
|---|---|--------------------------------------|
| 29. Sept. 2020 Berlin, Deutschland und Online | Seminar by AGF and COFACE Families Europe on: "Child guarantee" | COFACE Families Europe, AGF |
| 04., 11., 18. Nov. 2020 Online | Helping Families through Separation and Divorce: Collaboration, not Confrontation, in Social Plurality (Annual ICCFR Seminar) | AGF, ICCFR |
| 25.-27. Nov 2020 Mannheim, Deutschland | European Social Economy Summit 2020 | Europ. Kommission, Stadt Mannheim |

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

